



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

47. hét

2019.11.18.

## ZUSAMMENFASSUNG

**Ungarische Innenpolitik** – *Die Beauftragung des Büros von Csaba Czeplédy war die erste „Zerreißprobe“:*

Auf Vorschlag der DK wird die Anwaltskanzlei des Szombathelyer Kommunalvertreters Csaba Czeplédy in zwei Stadtbezirken der Hauptstadt die durch die dortigen Selbstverwaltungen geschlossenen Verträge durchleuchten. Gegen Csaba Czeplédy läuft ein Strafverfahren; den durch die DK gedeckten Mann konnten die übrigen Oppositionsparteien nicht wirklich befürworten, die aber auch nicht gegen seine Beauftragung auftraten.

**Wirtschaftspolitik** – *Die ungarische Volkswirtschaft ist weiter Spitzenreiter:*

Ausgehend von der jüngsten Schätzung des KSH ist die ungarische Wirtschaft laut den saisonal und nach Kalendertagen bereinigten Daten im dritten Quartal gegenüber dem identischen Vorjahreszeitraum um 4,8 Prozent gewachsen, was Ungarn einen Spitzenplatz in der Europäischen Union einbringt. Um das nachhaltige Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten beziehungsweise mit Rücksicht auf die ungünstige Entwicklung der internationalen Wirtschaftsprozesse führt die ungarische Regierung weitere Maßnahmen ihres Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft ein.

**Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *Olivér Várhelyi muss bis Montagmittag schriftlich gestellte Fragen beantworten:*

Der Außenausschuss im Europäischen Parlament beschloss am vergangenen Donnerstag, dem ungarischen Kandidaten für die EU-Kommission nach dessen dreistündiger Anhörung weitere schriftliche Fragen zu stellen. Das neuerliche Frage- und Antwort-Spiel wird hauptsächlich wegen Einwänden der Fraktionen des linken Spektrums erforderlich, mit denen sie die angeblich fehlende Unabhängigkeit Olivér Várhelyis von der ungarischen Regierung kritisierten, also keineswegs einen Mangel bei den fachlichen Kompetenzen.

**Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *Der Vorsprung der Regierungsparteien stagniert auch nach den Kommunalwahlen:*

Fidesz-KDNP erreichten sowohl bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als auch bei den Kommunalwahlen Ergebnisse oberhalb von 50 Prozent, wenn man die Stimmenverteilung über das gesamte Land betrachtet. Die Popularität der Regierungsparteien im Oktober zeigte nun, dass jeder zweite aktive Wähler auch weiterhin mit ihnen sympathisiert.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DIE BEAUFTRAGUNG DER KANZLEI VON CSABA CZEGLÉDY WAR DIE ERSTE „ZERREISSPROBE“

Wenngleich sich im ersten Augenblick führende Politiker aller Oppositionsparteien dagegen aussprachen, dass die Durchleuchtung laufender Verträge der Selbstverwaltungen im 7. und im 11. Stadtbezirk von Budapest in den folgenden zwei Monaten durch die Anwaltskanzlei Czeglédy & Partner vorgenommen wird, brachte in Wirklichkeit doch keine einzige Partei den Gedanken einer Aufkündigung der Zusammenarbeit der Koalition in den betreffenden Bezirken ins Spiel. Ganz im Gegenteil decken allesamt diese provozierende Politik der DK.

Csaba Czeglédy war früher Chef jener Humán Operator Zrt., die rechtlicher Beistand sowohl der MSZP als auch von Ferenc Gyurcsány und seiner Firma Altus war. Im Februar wurde gegen ihn wegen des Verdachts auf Haushaltsbetrug im besonders schweren Umfang Anklage erhoben, ebenso wie wegen der Verwendung falscher Dokumente gegen weitere 21 Angeklagte. Laut Anklage hat die Verbrecherorganisation dem Staatshaushalt Schäden in Gesamthöhe von 6,215 Milliarden Forint verursacht. Die DK ist von Anfang an bestrebt, aus dem Politiker einen Märtyrer zu kreieren, wobei sie das bereits laufende Verfahren gegen ihn sogar unter Ausnutzung juristischer Tricks aufzuhalten versuchte. So wurde Czeglédy im Mai auf die Liste der Partei für die Europawahlen gesetzt, was mit einer Immunität einherging, die zur Aussetzung der Untersuchungen gegen seine Person führte. In Verbindung mit der Beauftragung von Czeglédy waren in der Öffentlichkeit einander widersprechende politische Standpunkte zu vernehmen. Obgleich offiziell sowohl LMP als auch Jobbik, MSZP-P und Momentum-Bewegung gegen seine Beauftragung auftraten, waren zeitgleich doch zahlreiche Erklärungen zu vernehmen, die lieber keine Kenntnis von der Entwicklung zu nehmen schienen, anstatt dass sie die Beauftragung zurückgewiesen hätten. Der Momentum-Vorsitzende András Fekete-Győr bestritt nach Bekanntwerden der Meldung, im Vorfeld davon gewusst zu haben. Einen Tag später sagte er dann, er könne nicht „Verantwortung für die Entscheidungen anderer Parteien übernehmen, sondern nur für die Momentum-Bewegung. Einzelne Parteien spielen mit dem Feuer, und wir werden überall dort, wo es nur geht, dazwischenhauen, ohne darüber zu vergessen, dass die Städte geführt werden müssen.“ Das Dazwischenhauen blieb aus, das Team von Fekete-Győr gab der DK genauso wie die übrigen Oppositionsparteien grünes Licht. Der Grund liegt auf der Hand:

Der Zusammenschluss der Opposition muss bis 2022 gehalten werden. Das Auftreten der Momentum-Bewegung gegenüber Csaba Czeglédy diene einzig dem Ziel, Wähler im konservativen Lager anzusprechen, die weder für Fidesz-KDNP noch für die rechtsradikale Bewegung Mi Hazánk (Unsere Heimat) stimmen wollen.

## UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DIE UNGARISCHE WIRTSCHAFT BLEIBT AUCH WEITERHIN SPITZENREITER

**Aufgrund der Daten für das dritte Quartal 2019 wächst die ungarische Wirtschaft auch weiterhin in herausragendem Tempo, das auch die Erwartungen der Analysten übersteigt. Laut aktueller Schätzung des Zentralamts für Statistik (KSH) legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten neun Monaten um insgesamt 5,1 Prozent zum gleichen Vorjahreszeitraum zu. Dabei ist in sämtlichen Wirtschaftszweigen Stabilität wahrzunehmen, während der Abschwung der europäischen Wirtschaft wahrscheinlich erst im kommenden Jahr Auswirkungen haben wird.**

Laut der jüngsten Erhebung des KSH ist die ungarische Wirtschaft ausgehend von den saisonal und um Kalendertage bereinigten Daten im dritten Quartal gegenüber dem identischen Vorjahreszeitraum um 4,8 Prozent gewachsen, in den ersten neun Monaten auf gleicher Basis derweil um insgesamt 5,1 Prozent. Im europäischen Maßstab gilt Ungarn damit als Spitzenreiter, mit einem Wachstumstempo oberhalb jenem der übrigen EU-Mitgliedstaaten. Die Region Mitteleuropas stellt den Motor des Kontinents dar, nachdem das Wachstum der Polen von 4 Prozent, die 2,5 Prozent der Tschechen und die 1,8 Prozent der Slowaken das durchschnittliche Wachstum im dritten Quartal innerhalb der Europäischen Union von 1,3 Prozent übertrafen.

Zu dem selbst noch die Erwartungen der Analysten übertreffenden ungarischen Wirtschaftswachstum trugen in erster Linie und im größten Umfang die Industrie, das Baugewerbe und die Dienstleistungen am Markt bei. Das dauerhafte Wachstum hält unbeeindruckt vom Abschwung im externen wirtschaftlichen Umfeld, insbesondere der schwachen Konjunktur in Deutschland, noch immer an, was belegt, dass die internen Motoren der Wirtschaft gut funktionieren, und dass sich die Leistung Ungarns vom bundesdeutschen Konjunkturzyklus abkoppeln konnte. Hinter dem Wachstum stehen unter anderem noch ein schwungvoller Anstieg der Reallöhne und der auf hohem Niveau stabilisierte Privatverbrauch, die durch Programme der

Notenbank stimulierten Investitionen des Unternehmenssektors beziehungsweise die durch den steigenden Privatverbrauch angeheizten Dienstleistungen.

Um das Wirtschaftswachstum nachhaltig gestalten zu können beziehungsweise unter Berücksichtigung der ungünstigen internationalen Wirtschaftsprozesse hat die ungarische Regierung im Rahmen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft Maßnahmen zur Senkung von Steuern und Bürokratie beziehungsweise zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet, wie beispielsweise eine neue vereinheitlichte Sozialabgabe, den Gesetzentwurf für eine Abgabenbefreiung aller berufstätigen Rentner oder fortgesetzte Maßnahmen zur Zurückdrängung der Schattenwirtschaft, die für noch mehr Transparenz sorgen sollen. Die Unternehmen werden mit der Vereinfachung der Regelungen zur Berechnung der Mindestbemessungsgrundlage für die Abgabenlasten voraussichtlich 7,5 Milliarden Forint einsparen können, während berufstätige Rentner im Zuge der günstigeren Regelungen auf Jahresebene ungefähr 20 Milliarden Forint werden einsparen können. Für den Frühling 2020 hat die Regierung weitere Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft in Aussicht gestellt.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### OLIVÉR VÁRHELYI MUSS BIS MONTAGMITTAG AUF SCHRIFTLICHE FRAGEN ANTWORTEN

Der Außenausschuss im Europäischen Parlament beschloss am vergangenen Donnerstag, dem ungarischen Kandidaten für die EU-Kommission nach dessen dreistündiger Anhörung weitere schriftliche Fragen zu stellen. Das neuerliche Frage- und Antwort-Spiel wird hauptsächlich wegen Einwänden der Fraktionen des linken Spektrums erforderlich, mit denen sie die angeblich fehlende Unabhängigkeit Olivér Várhelyis von der ungarischen Regierung kritisierten, also keineswegs einen Mangel bei den fachlichen Kompetenzen.

Der Außenausschuss des Parlaments besteht aus 71 ordentlichen Mitgliedern. Ausgehend von der Fraktionszugehörigkeit der Mitglieder war abzusehen, dass sich dort – sofern das Gremium keine fachliche, sondern eine politische Entscheidung treffen will – jene in der Mehrheit befinden, die mit der Europapolitik der ungarischen Regierung unzufrieden sind, um Olivér Várhelyi in eine weitere Anhörungsrunde zu nötigen. In dem Ausschuss sitzen 11 Grüne, 10 Abgeordnete aus der Fraktion

„Renewe Europe“, während die Fraktion der Sozialdemokraten 15 Delegierte zählt. Somit nahmen gleich 36 Abgeordnete im Außenausschuss Platz, die sehr wahrscheinlich weder mit der ungarischen Regierung noch mit deren Kandidaten für die Kommission sympathisieren. Damit Olivér Várhelyi durchgeht, hätte er die Unterstützung von zwei Dritteln der Ausschussmitglieder erhalten müssen, was 48 Abgeordnete gewesen wären – der Ausgang der Abstimmung ist im Lichte dieser Verhältnisse also nicht überraschend. Die einzige Verunsicherung verursachte, dass im Vorfeld alle Beobachter von einer Einigung zwischen den großen Fraktionen und einer im Hintergrund getroffenen Abmachung sprachen. Nachdem die Kandidaten Frankreichs und Rumäniens ihre Anhörungen bestanden – denen gegenüber im Vorfeld übrigens deutlich härtere Kritiken vorgebracht worden waren –, kann unterstellt werden, dass diese Übereinkunft in Verbindung mit dem ungarischen Kandidaten nicht mehr Bestand hatte. Die Delegierten von EVP und den weiter rechts angesiedelten Fraktionen (EKR und ID) unterstützten Várhelyi im Übrigen. Im Sinne der Ernennungsprozedur besteht der nächste Schritt nun darin, dass Várhelyi Fragen in schriftlicher Form erhält – sollten die Abgeordneten auch mit den darauf gegebenen Antworten nicht zufrieden sein, wird eine neuerliche, 1,5-stündige Anhörung absolviert.

Ein Großteil der schriftlich eingereichten Fragen fordert die Unabhängigkeit des ungarischen Kandidaten auf ideologischer und politischer Basis ein. Das ist schon allein deshalb merkwürdig, weil Olivér Várhelyi sowohl bei der dreistündigen Anhörung als auch bei der dieser vorausgehenden Durchleuchtung Zeugnis seiner vollständigen Souveränität ablegte. Würde diese Unabhängigkeit tatsächlich dermaßen relevant sein, hätte der französische Kommissar Thiery Breton unmöglich seine Position antreten können, nachdem er als Verantwortlicher für den Binnenmarkt die Tätigkeit von Unternehmen regulieren soll, zu denen auch die früher von ihm geführte ATOS-Gruppe gehört. Daraus wird ersichtlich, dass ein weiteres Mal zweierlei Maß angelegt wurde, was zu Lasten des ungarischen Kandidaten ging. Eine Amtseinführung der neuen Europäischen Kommission zum 1. Dezember ist aber noch immer machbar.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### STAGNIERENDER VORSPRUNG DER REGIERUNGSPARTEIEN NACH DEN KOMMUNALWAHLEN

Auch nach den Kommunalwahlen bewahren Fidesz-KDNP ihren gewaltigen Vorsprung, deren Politik durch 52 Prozent der sicheren Wähler unterstützt wird. Im internen Wettbewerb der Oppositionsparteien liegt aktuell die Momentum-Bewegung vorne, die bei Wahlen am kommenden Sonntag auf 13 Prozent käme, wobei die DK (mit 11 Prozent) und die Jobbik (mit 9 Prozent) nur knapp dahinter folgen. Ausgehend von der zwischen dem 14. und dem 27. Oktober vorgenommenen Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts – mit 2.300 Beteiligten und persönlichen Interviews – bleiben Fidesz-KDNP auch in Budapest – ähnlich wie bei ihrem Abschneiden zur Europawahl – die populärste Gruppierung, die im Kreis der sicheren Wähler 39 Prozent der Stimmen einsammeln würden. Die stärkste Oppositionskraft in der Hauptstadt ist mittlerweile die Momentum-Bewegung mit aktuell 20 Prozent, gefolgt von der DK mit 15 Prozent. Außerhalb der Hauptstadt erreicht die Regierungskoalition sogar 55 Prozent. Auf dem Lande gilt derzeit – ebenso wie in Budapest – die Momentum-Bewegung als die stärkste Kraft innerhalb des Oppositionslagers (mit 12 Prozent), hinter der sich wieder die DK (mit 10 Prozent) platzieren konnte. Doch während alle Parteien des Oppositionsspektrums zusammengenommen in der Hauptstadt von 60 Prozent der Wähler unterstützt werden, sind es auf dem Lande mit seiner Bevölkerungsmehrheit nur 44 Prozent. In Anbetracht der wahrscheinlichen Ergebnisse auf die Landeslisten würden Fidesz-KDNP bei Wahlen am kommenden Sonntag 52 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Die Unterstützung der Regierungsparteien hält sich seit den Europawahlen auf einem beständig hohen Niveau, wonach jeder zweite aktive Wähler Sympathien für sie zeigt. Im Kreis der Anhänger der Oppositionsparteien ergaben sich derweil kleinere Verschiebungen, wobei sich jede einzelne Veränderung im Rahmen des Fehlerintervalls aufhielt. Von der Rivalität zwischen Momentum-Bewegung und DK konnte vorläufig erstere Partei profitieren, denn im Kreis der sicheren Wähler steht sie bei 13 Prozent, gegenüber jenen 11 Prozent der von Ferenc Gyurcsány geführten DK, die mittlerweile auch die TV-Moderatorin Olga Kálmán in ihren Reihen weiß. Die Politik der Jobbik, die sich gegenwärtig auf der Suche nach einem neuen Parteivorsitzenden befindet, wird aktuell im Vergleich zu den Daten vom August mit 9 Prozent von einem Prozentpunkt mehr Wählern unterstützt, womit die Sympathiewerte dieser Partei aber immer noch im einstelligen Bereich verblieben sind.

## PROGNOSE

- Am 20./21. November findet in Zagreb der Parteitag der Europäischen Volkspartei statt. Da es keinen Gegenkandidaten gibt, wird mit großer Wahrscheinlichkeit der Pole Donald Tusk zum Präsidenten der konservativen Parteienfamilie gewählt. Der Politiker wurde von Seiten der polnischen Bürgerplattform (PO) für das Amt nominiert.

Auf dem Parteitag wird Silvio Berlusconi anwesend sein, der vermutlich einen Antrag zwecks Aufnahme der von Matteo Salvini geführten Lega in die Volkspartei stellen wird. Silvio Berlusconi verfolgt das Konzept, wonach die Lega innerhalb der Europäischen Volkspartei der Gruppe der „verantwortungsbewussten Souveränisten“ angehören könnte. Die Vorlage wird keine einfache Angelegenheit für den italienischen Politiker, nachdem sowohl die Lega als auch Berlusconi selbst wiederholt Angela Merkel und Juncker kritisierten und auch nicht für die Wahl von Ursula von der Leyen stimmten. Tamás Deutsch gab vergangene Woche bekannt, dass der Fidesz wegen seiner Suspendierung nicht am Parteitag teilnehmen wird, nachdem die Partei aktuell über kein Stimmrecht verfügt; dessen ungeachtet sind die öffentlichen Sitzungen frei zugänglich. Linksliberale Kräfte warfen der Volkspartei in den vergangenen Tagen eine Handlungsunfähigkeit vor, weil es bezüglich des geforderten Ausschlusses des Fidesz noch immer keine Entscheidung gebe. Die Untersuchung gegen den Fidesz wird mit größter Wahrscheinlichkeit solange nicht beendet, bis Ursula von der Leyen ihr Amt an der Spitze der Europäischen Kommission angetreten hat. An den zweitägigen Beratungen der EVP nehmen die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Ministerpräsident Irlands, Leo Varadkar, Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz und Jean-Claude Juncker, der noch amtierende Präsident der Kommission in Brüssel, teil. In Zagreb wählen die Delegierten den neuen Präsidenten der EVP, aber auch deren Generalsekretär, Schatzmeister und die zehn Vizepräsidenten. Des Weiteren wird eine Reihe von Stellungnahmen verabschiedet, unter anderem zu Klimawandel und nachhaltiger Entwicklung, und die Satzung wird modifiziert.